

POLITISCHER SONDERBERICHT

Projektland: Mali und Niger

Datum: 16.02.2012

RISIKO ODER CHANCE? DIE NEUEN PROJEKTLÄNDER MALI UND NIGER

In Westafrika leistet die Hanns-Seidel-Stiftung mit ihren Maßnahmen einen Beitrag zur Dezentralisierung, Demokratisierung und Konfliktprävention. Hauptzielgruppen sind die Zivilgesellschaften der Projektländer, bei denen insbesondere die aktivere Teilhabe an gesellschaftspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozessen gefördert werden soll. Das Länderportfolio des Regionalprojekts wurde ab Januar 2012 um die Republiken Mali und Niger erweitert. Trotz aller Unterschiedlichkeit, verfügen beide Länder über ausreichend demokratische Grundstrukturen und bieten einen vielversprechenden Nährboden für erfolgreiche politische und soziale Bildungsarbeit. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen instabilen Sicherheitslage in der Region südlich der Sahara, ausgelöst durch die Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen, muss jeder Schritt in Richtung einer Stabilisierung der politischen Strukturen beider Länder auch als ein Beitrag zur Stabilität der Sub-Sahara-Region gesehen werden.

MALI

Mali ist ein Binnenstaat mit einer Bevölkerung von etwa 15 Mio. Einwohnern. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst jährlich um etwa 4,5%, und deckt das Bevölkerungswachstum von durchschnittlich drei Prozent pro Jahr deutlich ab. Dennoch leben mehr als 80% der Bevölkerung in Armut¹. Rund 55% der Einwohner absolvieren zumindest die Grundschule², ein eher durchschnittlicher Wert für Westafrika. Trotz relativ gesunder wirtschaftlicher Wachstumsraten ist es der Regierung bisher nicht gelungen, die Bildungssituation spürbar und strukturell zu verbessern. Die Kindersterblichkeitsrate von unter Fünfjährigen ist mit 178 von 1.000 Kindern³ überdurchschnittlich hoch, und die Lebenserwartung mit 51 Jahren sehr niedrig⁴. Mögliche Ursachen dafür sind unter anderem ein noch immer ungenügend

¹ United Nations Development Programme (UNDP)

² Weltbank (WB)

³ WB

⁴ WB

entwickeltes Gesundheitssystem, zu wenig und schlecht ausgebildetes Pflegepersonal sowie die erschwerte Erreichbarkeit von Krankenhäusern.

Während Mali beim Gesundheitssystem große Herausforderungen zu bewältigen hat, kann es in Bezug auf demokratische Strukturen mit mittlerweile 20 Jahren gelebter Demokratie durchaus punkten. Eine neu gegründete unabhängige Wahlkommission wird die für jeweils April und Juli dieses Jahres vorhergesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beaufsichtigen. Der derzeitige charismatische Präsident Amadou Toumani Touré („ATT“) wird dann, aller Voraussicht nach und im Einklang mit der Verfassung, seine zweite Amtszeit beenden. Durch den schwindenden Einfluss der größten Partei Adema stehen dem Land konkurrenzgeprägte, aber auch die offensten Wahlen in Malis Demokratiegeschichte bevor. Ein eindeutiger Favorit als Nachfolger konnte sich bislang allerdings noch nicht positionieren. Offen bleiben daher bislang Fragen der Nachfolge für den amtierenden Präsidenten sowie die künftige politisch-wirtschaftliche Ausrichtung Malis unter einer dann neuen politischen Führung.

Sicher ist dennoch, dass eine entscheidende Leitlinie die Fortführung der bisherigen Ansätze zur Stabilisierung der Sicherheitslage im Norden des Landes bleiben wird. Denn permanente Sicherheitsrisiken stellen eine Herausforderung für Mali dar. Der afrikanische Arm der Al-Qaida (AQIM), der hauptsächlich im nördlichen Dreieck Mauretanien-Algerien-Mali operiert, beherrscht in letzter Zeit wieder verstärkt die Schlagzeilen. Die jüngsten Beispiele sind die Entführungsfälle von insgesamt fünf Europäern im letzten November, wobei ein deutscher Staatsbürger den Tod fand, als er sich seinen Entführern zur Wehr setzte. Überfälle und Geiselnahmen betreffen meist nicht-malische Staatsbürger und europäische Einrichtungen. Für die Tourismusindustrie des Landes ein kaum zu bewältigendes Handicap.

Die verstärkte Aktivität der AQIM birgt auch die Gefahr, dass weitere Teile der Bevölkerung Nord-Malis zunehmend mit dieser sympathisieren und sich der Kontrolle Bamakos entziehen. Für den Flächenstaat ein dramatisches Problem, zumal der eher unzugängliche Norden bislang ohnehin kaum von Entwicklungsmaßnahmen profitieren konnte. Über zusätzliche Strukturprogramme versucht die Regierung diesem Trend entgegenzuwirken. Im August 2011 rief der Präsident ein Entwicklungsprogramm ins Leben, das die staatliche Präsenz in dem bisher vernachlässigten Norden verstärken soll. Ein dualer Ansatz von nachhaltigem sozialen Wiederaufbau und technischer Verstärkung der Sicherheitskräfte soll die zunehmende Dominanz der AQIM-Jihadisten zumindest zu verringern helfen.

Bisher geschlossen gebliebene Militärlager im Norden wurden wieder geöffnet und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Mauretanien, Niger und Algerien im Kampf gegen AQIM verstärkt. Das nationale Militär steht bei einem Personalumfang von nur etwa 7.000 Soldaten und angesichts der Stärke des Gegners aber auf hoffnungslos verlorenem Posten. Internationale Zusammenarbeit ist auf jeden Fall erforderlich und liegt auch im Interesse europäischer Staaten. Zudem steht Mali, ebenso wie die

Nachbarrepublik Niger, vor bisher nicht überschaubaren ethnischen Problemen, die durch verschiedene aus Libyen zurückkehrende Tuareg-Clans verursacht werden.

Seit Ende der Libyenkrise lud die Regierung mehrmals ehemalige Tuaregkämpfer zum Gespräch ein, um ihre Bereitschaft zum Dialog und zur Reintegration in die malische Gesellschaft zu ermöglichen. Dennoch widersetzt sich eine Fraktion unter dem Schirm der im letzten Juli gegründeten Tuaregrebellengruppe MNLA weiterhin durch bewaffnete Angriffe der Zentralregierung. Auch scheint der Einsatz von Sicherheitskräften im Norden ihre Entschlossenheit nur weiter anzuheizen. Die seit Anfang des Jahres zunehmenden Gefechte zwischen MNLA und der malischen Armee haben bereits tausende Flüchtlinge in die umliegenden Nachbarländer vertrieben.

Die jüngsten Krisen in Libyen und der Côte d'Ivoire haben auch starken Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung Malis. 12% der Importe Malis wurden bislang über die Côte d'Ivoire abgewickelt. Und die Ungewissheit über die Zukunft Libyens als Investor wiegt schwer auf den Perspektiven des Sahellandes. Die guten Beziehungen zu dem ehemaligen Regime unter Muammar Gaddafi hatten zu wichtigen Kapitalanlagen beigetragen, daher versucht Mali, diese Beziehungen auch unter der libyschen Übergangsregierung weiterhin aufrechtzuerhalten.

Die grundsätzlichen wirtschaftlichen Rahmendaten weisen allerdings positive Trends auf. Das BIP-Wachstum für 2012-13 wird auf robuste 5,5% geschätzt. Der Getreidesektor hat den größten Anteil am BIP und die landwirtschaftliche Produktion stieg 2010 auf 16%. Geplant sind weitere Subventionen zur Förderung der Getreideproduktion, um die Abhängigkeit von internationalen Importen weiter zu verringern und Mali auf ein Niveau der 100-prozentigen Selbstversorgung an Grundnahrungsmitteln zu bringen. Gleichwohl behindern Korruption und Finanzierungsprobleme weiterhin eine fühlbare Verbesserung der Versorgungslage. Beim wichtigsten Exportprodukt, der Baumwolle, stehen strukturelle Modernisierungen an, um auf dem Weltmarkt, und gegenüber dem direkten Wettbewerber Burkina Faso konkurrenzfähig zu bleiben. Das steigende Interesse internationaler Konzerne am malischen Bergbau bietet gute Aussichten für den Exportsektor. Mali ist nach Südafrika und Ghana der drittgrößte Goldproduzent in Afrika. Uran, Silber, Kupfer und Öl werden als potentielle Investitionsmöglichkeiten erforscht. Die Privatwirtschaft Malis ist, im Vergleich zu seinen Nachbarn und gemäß dem „Doing Business Report“ der Weltbank, weiter auf dem Weg der strukturellen Gesundung.

Wesentliche Aufgabe der zukünftigen Regierung wird es sein, den wirtschaftlichen Aufschwung durch eine sozial gerechtere Verteilung der Ressourcen in die Bildungs- und Gesundheitssektoren sicher zu stellen, und damit den Fortschritt auch für die untersten Schichten der Bevölkerung spürbar zu machen.

NIGER

Die Republik Niger ist wie Mali ein Binnenstaat mit etwa 15,5 Mio. Einwohnern. Das Wachstum des BIP von fast neun Prozent 2010⁵, nach einem Abschwung im Vorjahr, zeigt, dass Niger eine heikle Phase durchlaufen hat, nun aber auf dem Weg der Erholung ist. Im Jahr 2011 soll die BIP Wachstumsrate bei über 8% bleiben⁶, allerdings leben fast 93 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, in einem der weltweit unterentwickeltesten Länder⁷.

Die Bevölkerungswachstumsrate ist mit 3,5% ebenfalls eine der höchsten weltweit⁸. Der größte Nachholbedarf besteht wohl im Bereich der Bildung. Derzeit absolvieren kaum 40% der Kinder im schulpflichtigen Alter die Grundschule⁹. Im Gegensatz dazu liegt die Kindersterblichkeitsrate der unter Fünfjährigen mit 143 von 1.000¹⁰ und die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt mit 54¹¹ in Niger vergleichsweise besser als in Mali.

Die politische Situation in Niger war in den letzten zwei Jahren von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Der ehemalige Präsident wurde 2009 vom Militär gestürzt, als er verfassungswidrig versuchte, eine dritte Amtszeit anzutreten. Das Militär setzte daraufhin eine Übergangsregierung ein, um die Voraussetzungen für demokratische Wahlen zu schaffen. Diese Wahlen konnten dann im April 2011 stattfinden, und Mahamadou Issoufou wurde zum Präsidenten Nigers gewählt. Internationale Beobachter bestätigten die Wahlen als fair und demokratisch, und der Übergang Nigers zur Demokratie scheint seitdem tatsächlich vielversprechend zu verlaufen. Dafür spricht unter anderem der Sprung Nigers im internationalen Index für Pressefreiheit¹² von Platz 104 im Jahr 2010 auf Platz 29 im letzten Jahr. Ebenso versucht die Regierung Issoufous, sich durch rigorose Anti-Korruptionsinitiativen von ihrem Vorgänger zu unterscheiden. Bereits zu Beginn der neuen Amtszeit rief sie die Oberste Behörde zur Bekämpfung der Korruption ins Leben und unterstrich ihre Entschiedenheit mit einer Anfrage an die Nationalversammlung letzten Dezember für die Aufhebung der Immunität von acht Abgeordneten wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder.

Bereits unter der militärischen Übergangsregierung hatte sich das Vertrauen internationaler Geber wie der USA, der EU oder der Weltbank wieder positiv entwickelt. Als Vertrauensvorschuss wirkte dabei ganz sicherlich die geostrategische Lage des Landes im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ebenso wie der Rohstoffreichtum (Uranerz). Wirtschaftlich geht Niger daher gewiss besseren Zeiten entgegen. Bislang sind allerdings noch bis zu 80 % der Bevölkerung direkt oder indirekt von den Erträgen der Landwirtschaft abhängig, 2009 bildete der Niger noch das Schlusslicht des United Nations Development Programme (UNDP) sowie beim

⁵ IWF

⁶ IWF

⁷ UNDP

⁸ WB

⁹ WB

¹⁰ WB

¹¹ WB

¹² Reporter ohne Grenzen, 2011

Human Development Index (Platz 182). Seitdem ist Niger jedoch auf Platz 167 vorgerückt. Frankreich errichtete kürzlich die zweitgrößte Uranmine der Welt, und ein weiterer Anstieg des Uranabbaus könnte Niger bald vom fünftgrößten zum zweitgrößten Uranexporteur der Welt machen. Neue Ölfunde in der Agadem-Region und die von China errichtete Raffinerie in Zinder ermöglichen es dem Land, sich von nun am dem Club der regionalen Ölexporteurs anzuschließen. Zusätzlich ist ein Kraftwerk in Planung, das Niger von einem Energieimporteur zu einem Netto-Exporteur machen könnte. Die geplanten Projekte haben durchaus das Potenzial, aus einem der Armenhäuser des Kontinents langfristig ein wirtschaftlich gesunderes Land zu machen. Negative Einflüsse auf die Wirtschaft resultieren aus den nun wohl wegfallenden libyschen Investitionen, wie z.B. dem gescheiterten Verkauf der nationalen Telekommunikationsfirma. Die zukünftige libysche Rolle als Investor und Kapitalgeber ist angesichts der aktuellen Ereignisse eher ungewiss.

Sicherheitspolitisch hat Niger ähnliche Probleme zu bewältigen wie Mali. Die Entführung zweier Franzosen aus der nigrischen Hauptstadt Anfang letzten Jahres ist nur ein Beispiel für die labile Sicherheitslage. Die AQIM hat ihre stärkste Präsenz im Norden Nigers, dem Standort der Uranminen. Dies beeinflusst nicht nur den Tourismus, sondern steht auch derzeit noch einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Weg.

Der Bürgerkrieg im Nachbarland Libyen bereitet Niger aber noch weitere Probleme. Unzählige nigrische Staatsbürger hatten sich in Libyen niedergelassen, und über 200.000 sind angesichts der Libyenkrise nach Niger zurückgekehrt¹³. Politisch galten die Tuareg des Niger seit langem als das strategische „Hinterland“ des Gaddafi-Libyen, und angesichts der fundamentalen Umbrüche und der Neuausrichtung des vom Ölreichtum verwöhnten Nachbarn bleibt abzuwarten, wie sich die Nachbarschaft weiter entwickelt. Als positives Zeichen sollte vermerkt werden, dass die junge Republik Niger trotz innerem Druck der Tuareg diesem nicht bedingungslos nachgegeben hat. Vielmehr versucht sich die neue politische Führung vermehrt in einem politischen Drahtseilakt, indem sie Teilen des flüchtenden Gaddafi-Clans zwar Aufnahme gewährt, sich aber einer Zusammenarbeit mit westlichen Regierungen nicht versperrt.

Für den jungen demokratischen Staat stellt die instabile Lage an seinen kaum kontrollierbaren Grenzen zu Libyen die schlechteste aller Voraussetzungen dar, um sich den vielfältigen innen- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen zu widmen. Die demokratisch legitimierte Regierung hat es in der kurzen Zeit und trotz der dramatischen Spannungen jedoch geschickt verstanden, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

¹³ Reuters
Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Mali und Niger_16.02.2012

DIE KÜNFTIGE PROJEKTARBEIT DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG IN MALI UND NIGER

Die Gesamtbetrachtung beider Länder gibt zu der Hoffnung Anlass, dass die Regierungen Malis und Nigers den politischen Willen haben, über „Gute Regierungsführung“ die Zukunft ihrer Bevölkerungen positiv zu gestalten. Die Projekte der Hanns-Seidel-Stiftung in Mali und Niger, in Kooperation mit lokalen Partnern, sind in Vorbereitung. Ein Regionalprojekt konzentriert sich dabei auf die Bereiche Verfassungsrecht, öffentliches Recht und Stärkung der öffentlichen Verwaltungen. Unter Einbindung internationaler Experten und lokaler akademischer Expertise sollen aktuelle Themen in Form von Kolloquien und Workshops aufbereitet werden. Dabei wird es verstärkt darum gehen, den regionalen Austausch von Erfahrungen und modernen Erkenntnissen zwischen Fachexperten aus Benin, Burkina Faso, Ghana, Togo, Mali und Niger zu ermöglichen. Die Beteiligung der Côte d’Ivoire ist ebenfalls, aus stabilitätspolitischen Gesichtspunkten, angedacht.

In beiden Ländern wird die Hanns-Seidel-Stiftung des Weiteren die Implementierung des African Peer Review Mechanism (APRM) Prozesses unterstützen, sowie verschiedene Maßnahmen zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildung durchführen.

Ralf Wittek

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

Adina Rätzsch

Die Autorin ist Praktikantin bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Accra, Ghana.

IMPRESSUM

Erstellt: 16.02.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de